

Juschtschenko unterzeichnete Gesetz zur Erhöhung der Sozialstandards

30.10.2009

Der Präsident der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, hat das Gesetz "Zur Festsetzung des Existenzminimums und des Mindestlohnes" unterzeichnet.

Der Präsident der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, hat das Gesetz "Zur Festsetzung des Existenzminimums und des Mindestlohnes" unterzeichnet.

Wie **UNIAN** berichtet, teilte er dies Journalisten mit.

Der Präsident betonte, dass, bei Unterzeichnung des Gesetzes, er davon ausging, dass der einzige Basissozialstandard in der Ukraine das Existenzminimum ist, an das Arbeitslöhne, Renten und dutzende andere Sozialprogramme gebunden sind, darunter für Invaliden und Waisen.

Juschtschenko unterstrich die Unzulässigkeit von Polemiken, wenn es um die Gewährleistung eines notwendigen Existenzminimums für die Menschen geht, mit dem sie ihre biologischen Bedürfnisse sichern können. Juschtschenko hob ebenfalls hervor, dass man das Existenzminimum nicht zu den Kompromissen in Verbindung mit den Problemen der Erfüllung des Staatshaushaltes zählen darf.

Dabei merkte der Präsident an, dass man bei dieser Frage unbedingt jegliche politische PR ausschließen muss.

Er nannte weiterhin Versuche amoralisch, die Haushaltsprobleme auf Kosten der Rentner und der Leute, welche den Mindestlohn erhalten, zu lösen. "Ich lasse niemals Spekulationen auf Grundlage dieses Themas zu", sagte der Präsident.

Er merkte an, dass aufgrund der undurchdachten Regierungspolitik die Einkünfte der Menschen real in diesem Jahr um 11% fielen. "Daher bringe ich mit dieser Entscheidung die Regierung dazu Verantwortung zu übernehmen", sagte Juschtschenko.

Außerdem denkt das Staatsoberhaupt nicht, dass für eine Umsetzung dieses Gesetzes eine große Menge zusätzlicher Mittel notwendig ist. Seinen Berechnungen nach, braucht man im Jahre 2009 für die Rentenzahlungen zusätzlich 1 Mrd. Hrywnja, für die Zahlung der Mindestlöhne 300-350 Mio. Hrywnja. Juschtschenkos Worten nach, werden 2010 für die Renten zusätzlich 5,5 bis 6 Mrd. Hrywnja notwendig und für die Gehälter der Staatsangestellten – 4,5-5,1 Mrd. Hrywnja.

Dabei unterstrich Juschtschenko, dass heute das Problem nicht im Ressourcendefizit liegt, sondern im politischen Willen. "Die Wahlwerbung einiger Kandidaten, die heute an allen Säulen hängt, kosten, den Schätzungen von Experten nach, mehr als eine Milliarde. Das Problem liegt nicht im Geld, sondern im Gewissen", sagte Juschtschenko.

Er richtete seine Aufmerksamkeit ebenfalls darauf, dass die Premierministerin heute Versprechen bezüglich der Erhöhung der Löhne allen gibt, die so oder anders an der Wahlkampagne beteiligt sind. Insbesondere betrifft dies Dorfvorsteher und Bürgermeister, Postboten und Menschen der Berufe, die normalerweise in die Wahlkommissionen geladen werden – Mediziner, Lehrer und Bibliothekare.

Quelle: [UNIAN](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 382

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.